

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Wirtschaftsprüferhaus Rauchstraße 26 10787 Berlin Tel.: 0 30/72 61 61-0 Fax: 0 30/72 61 61-2 12

E-Mail: admin@wpk.de Internet: www.wpk.de

Jahresabschluss 2014 Wirtschaftsprüferkammer - Körperschaft des öffentlichen Rechts Berlin

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2014

Anhang für das Wirtschaftsjahr 2014

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2014

Durchführung des Wirtschaftsplans 2014

Anlage zum Anhang

- Körperschaft des öffentlichen Rechts -

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2014

Der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2014 wurde gemäß § 15 Abs. 3 der Satzung der Wirtschaftsprüferkammer (WPK) und entsprechend § 264 Abs. 1 und § 289 HGB aufgestellt.

Lage und Verlauf des Wirtschaftsjahres

- Aufgaben

Die WPK hat die Aufgabe, die beruflichen Belange der Gesamtheit der Mitglieder zu wahren, in Fragen der Berufspflichten zu beraten und zu belehren, sowie die Erfüllung der beruflichen Pflichten zu überwachen. Die WPK betreibt insbesondere Qualitätssicherungsaufgaben im Berufsstand. Diese Aufgabenstellung wird geprägt durch die Berufsaufsicht, das Qualitätskontrollverfahren, die Durchführung des WP-Examens und die Führung des Berufsregisters. § 57 Abs. 2 WPO enthält darüber hinaus einen Katalog weiterer Aufgaben. Um der Erwartungshaltung an eine nachhaltige Weiterentwicklung des deutschen Berufsaufsichtssystems über Abschlussprüfer Rechnung zu tragen, ist die APAK seit dem 1. April 2012 auf Basis einer Vereinbarung zwischen APAK und WPK für das Verfahren der anlassunabhängigen Sonderuntersuchungen nach §§ 61a Satz 2 Nr. 2, 62b Abs. 1 WPO, soweit dies die Organisation, Durchführung und Kommunikation betrifft, zuständig; zur operativen Durchführung der Untersuchungen ist ihr durch die Übertragung des Direktionsrechts und der Disziplinaraufsicht die Abteilung Sonderuntersuchungen direkt unterstellt worden.

Die Berufsaufsicht umfasst insbesondere das Disziplinarverfahren sowie die Rücknahme- und Widerrufsverfahren. Hierzu wurden 353 (i.Vj. 414) Verfahren neu eingeleitet. 366 Verfahren (i.Vj. 403) konnten abgeschlossen werden. Zum Jahreswechsel waren noch 379 Verfahren anhängig, schwerpunktmäßig waren dies Disziplinarverfahren.

Den Schwerpunkt der Aufgaben im Zusammenhang mit dem Qualitätskontrollverfahren bildete in 2014 die Auswertung der eingegangenen Qualitätskontrollberichte. 2014 gingen mit 348 Qualitätskontrollberichten rd. 50 Berichte mehr ein, als angesichts der zeitlichen Glättungstendenzen im Sechs-Jahres-Turnus erwartet wurden.

Sowohl die Bestellungen als auch die Durchführung des WP-Examens verlangen eine Dezentralisierung der Geschäftsstellenarbeit der WPK. Unverändert werden daher Landesgeschäftsstellen in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Stuttgart und München unterhalten.

- Mitglieder

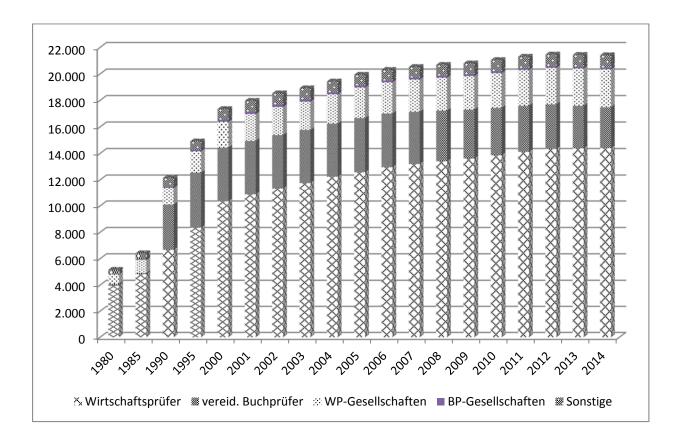
Mitglieder der WPK sind Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Wirtschaftsprüfungs- und Buchprüfungsgesellschaften sowie Mitglieder des Vorstandes, Geschäftsführer oder persönlich haftende Gesellschafter von Wirtschaftsprüfungs- und Buchprüfungsgesellschaften, die nicht WP/vBP sind. Die genossenschaftlichen Verbände, die Sparkassen- und Giroverbände sowie die überörtlichen Prüfungseinrichtungen für öffentliche Körperschaften können die Mitgliedschaft bei der WPK erwerben.

Der Mitgliederbestand der WPK hat sich im Berichtsjahr vermindert:

<u>Mitglieder</u>	31.12.2014	31.12.2013	<u>Abweichung</u>	
Wirtschaftsprüfer	14.407	14.390	17	1)
Vereidigte Buchprüfer	3.085	3.211	./. 126	
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	en 2.863	2.821	42	1)
Buchprüfungsgesellschaften	102	110	./. 8	1)
Sonstige Mitglieder	959	909	50	
	21.416	21.441	./. <u>25</u>	

¹⁾ Zu- und Abgänge saldiert

Die Mitgliederentwicklung stellt sich seit 1980 wie folgt dar:



Der Mitgliederbestand der Gruppe der Wirtschaftsprüfer stieg leicht an, wobei die Zahl der Examenskandidaten im Vergleich zu früheren Jahren rückläufig ist. Der Mitgliederbestand der Gruppe der vereidigten Buchprüfer ist im Berichtsjahr weiterhin zurückgegangen. Die zahlenmäßige Entwicklung ist auch auf vermehrte Verzichtserklärungen aufgrund des Wegfalls des § 7 Beitragserlass der Beitragsordnung zurückzuführen.

- Personalentwicklung

Die WPK einschließlich APAK beschäftigt zum Bilanzstichtag insgesamt 150 (i. Vj. 151) Mitarbeiter, davon sind 27 (i.Vj. 26) Mitarbeiter für die APAK unmittelbar tätig.

Die Personalaufwendungen für die Wirtschaftsprüferkammer (ohne APAK i.e.S. und Sonderuntersuchungen) bilden mit 9.083.029,74 € den größten Aufwandsposten. Auch zukünftig werden voraussichtlich auf die Personalaufwendungen ca. 60 % und auf die Sachaufwendungen ca. 40 % der Gesamtaufwendungen (ohne APAK-Aufwendungen) entfallen.

- Vermögens- und Finanzlage

Bei einer Bilanzsumme von 22.222.978,61 € ist mit 9.970.934,96 € das Wirtschaftsprüferhaus in Berlin, Rauchstraße 26, einer der wesentlichsten Aktivposten, neben dem Posten Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 11.188.821,50 €. Als größter Passivposten werden bestehende Pensionsverpflichtungen in Höhe von 13.736.284,00 € ausgewiesen. Das Eigenkapital beträgt unter Berücksichtigung des Bilanzgewinns 6.628.657,70 €. Die Eigenkapitalquote liegt unter Berücksichtigung des Bilanzgewinns von 1.428.657,70 € bei rd. 30 % (i. Vj.: rd. 29 %). Aufgrund des positiven Cash-flows der vergangenen Jahre haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um rd. 26 % erhöht. Somit steht auch weiterhin ausreichend Liquidität für den laufenden Geschäftsbetrieb zur Verfügung. Damit ist eine dauerhafte Finanzierungsgrundlage vorhanden.

- Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 der WPK weist ordentliche Erträge von insgesamt 22.524.443,27 € aus, die sich auf Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Gebühren und sonstigen Erträgen in Höhe von insgesamt 22.466.057,56 € sowie sonstige Zinsen in Höhe von 58.385,71 € verteilen. Die ordentlichen Aufwendungen von 21.910.937,80 € betreffen mit 9.083.029,74 € Personalaufwendungen, mit 575.938,76 € Abschreibungen, mit 5.100.360,58 € sonstige Aufwendungen (davon 4.312.889,23 € berufsständische Ausgaben sowie 787.471,35 € Verwaltungsaufwendungen), sowie mit 5.870.824,31 € Aufwendungen für die APAK, ferner mit 1.234.674,00 € Zinsaufwendungen und 46.110,41 € Steuern.

Unter Berücksichtigung des Jahresüberschusses von 613.505,47 € und des Gewinnvortrags von 815.152,23 € ergibt sich zum 31. Dezember 2014 ein Bilanzgewinn in Höhe von 1.428.657,70 €.

Die WPK ist gemäß § 60 Abs. 2 WPO verpflichtet, den Wirtschaftsplan für das jeweils folgende Kalenderjahr vor Feststellung dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) vorzulegen. Ferner bedürfen die auf die Qualitätskontrolle und die Arbeit der Berufsaufsicht und der Abschlussprüferaufsichtskommission bezogenen Teile des Wirtschaftsplans der Genehmigung des BMWi. Dem trägt die WPK durch eine Spartenrechnung Rechnung. In dem am 24. September 2013 von der APAK zur Verfügung gestellten Schreiben des BMWi von 23. September 2013 hat das BMWi bestätigt, dass der WPK von der APAK nur noch "der voraussichtlich absolute Finanzbedarf" aus den Bereichen APAK i.e.S. und Sonderuntersuchungen für den Wirtschaftsplan mitgeteilt wird. Die daraus aggregierten Aufwendungen wurden in den Erfolgsplan 2014 der WPK eingestellt. Gemäß § 66a Abs. 7 WPO hat die WPK den auf dieser Grundlage mitgeteilten Finanzbedarf auf Anforderung der APAK auszugleichen. Nach Vorgabe des BMWi sind auch die Spartenrechnung und die Stellenübersicht betroffen, auch in diesen Übersichten sind die APAK-Aufwendungen und die APAK-Stellen nur noch aggregiert ausgewiesen. Mit Schreiben vom 20. November 2013

hat das BMWi die o. g. Teile des Wirtschaftsplans 2014 genehmigt und den Wirtschaftsplan 2014 insgesamt zur Kenntnis genommen.

Der Wirtschaftsplan 2014 schließt mit einer Überdeckung von 340.000,00 € ab.

Die Überdeckung – aus der Überleitung des Wirtschaftsplans 2014 zur Erfolgsrechnung 2014 in Höhe von 273.505,47 € - ergibt sich aus Minderaufwendungen gegenüber dem Wirtschaftsplan in Höhe von 289.062,20 € und aus Mindererträgen in Höhe von 15.556,73 €.

Die Mindererträge (15.556,73 €) ergeben sich aus geringeren Mitgliedsbeiträgen (301.685,42 €), geringeren Gebühren (277.775,00 €) und geringeren Zinserträgen (16.614,29 €). Diesen stehen höhere sonstige Erträge (580.517,98 €) gegenüber.

Die im Vergleich zum Wirtschaftsplan niedrigeren Mitgliedsbeiträge ergeben sich im Wesentlichen aus der Verrechnung des aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbetrags der Sparte Sonderuntersuchungen (583.091,25 €) und, um in 2014 ein ausgeglichenes Spartenergebnis auszuweisen, der Neudotierung eines Fehlbetragsausgleichspostens von 292.427,93 €.

Die niedrigeren Gebühren beruhen auf geringeren Kandidatenzahlen im WP-Examen. In den höheren sonstigen Erträgen sind vor allem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Erträge aus Geldbußen aus Rügebescheiden enthalten.

Die Minderaufwendungen in Höhe von $289.062,20 \in \text{sind}$ in geringeren Personalaufwendungen $(461.970,26 \in)$, in geringeren Aufwendungen für die APAK $(309.175,69 \in)$, in geringeren Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen $(9.061,24 \in)$, in geringeren sonstigen Aufwendungen $(124.639,42 \in)$, in geringeren Steuern vom Einkommen und Ertrag und sonstigen Steuern $(3.889,59 \in)$, sowie – gegenläufig – in höheren Zinsaufwendungen $(619.674,00 \in)$ begründet.

Die Personalaufwendungen sind gekennzeichnet durch rückläufige Aufwendungen für Löhne und Gehälter infolge einer Nachfolgebesetzung einer Abteilungsleitung, der Neustrukturierung der Abteilung Berufsrecht/ Rechnungslegung und Prüfung, durch lohnfortzahlungsfreie Zeiträume sowie durch rückläufige Personalnebenkosten. Bei den sonstigen Aufwendungen sind vor allem geringere Aufwendungen für die Durchführung des WP-Examens und geringere Aufwendungen für die internationale Arbeit angefallen. Die höheren Zinsaufwendungen sind im Wesentlichen auf die erstmals unter den Zinsaufwendungen ausgewiesene Auswirkung der sog. "Zinsschmelze" (Rückgang des Rechnungszinses von 4,88 % am 31.12.2013 auf 4,53 % am 31.12.2014) zurückzuführen.

- Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage

Aufgrund der gebildeten Rücklage, der vorhandenen liquiden Mittel und der durch Mitgliedsbeiträge und Gebühren gesicherten Ertragslage wird die wirtschaftliche Lage der Wirtschaftsprüferkammer positiv beurteilt. Wesentliche Ereignisse von besonderer Bedeutung liegen - außer den im Lagebericht erwähnten - nicht vor.

Ergänzende Information

Nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses der Beiratswahl 2014 der WPK waren Wahlanfechtungen bei der Unabhängigen Wahlkommission (UWK) eingegangen. Die UWK stellte nach ausführlicher Beratung einstimmig fest, dass keine Gründe für eine Neuwahl des Beirats der WPK bestünden und wies sämtliche Wahlanfechtungen zurück. Kein WPK-Mitglied hat die Mitte Januar 2015 abgelaufene Klagefrist genutzt. Damit sind die Entscheidungen der UWK bestandskräftig und die Beiratswahl endgültig wirksam.

Einige Beiratsmitglieder haben eine Klage gegen die Wahlen des Vorstands und des Haushaltsausschusses eingereicht. Die WPK hat inzwischen die Klage erwidert. Die rechtliche Bewertung ist
aus Sicht des Vorstands eindeutig: Weder aus der Satzung der WPK noch aus übergeordnetem
Recht (WPO, Verfassungsrecht) kann eine Bindung der Beiratsmitglieder abgeleitet werden, den
Vorstand nach "Listenproporz" zu wählen. Ein Urteil des Gerichts liegt noch nicht vor. Unabhängig
vom Verfahrensausgang bleiben alle Entscheidungen des Vorstands, die während des anhängigen
Verfahrens getroffen werden, wirksam.

Ein WPK-Mitglied hat eine Klage gegen die APAK-Aufwandsentschädigungen und den Jahresabschluss 2013 der WPK eingereicht. Der Vorstand der WPK geht davon aus, dass die Klage unzulässig ist. Nach Auffassung des Vorstands wäre sie auch in der Sache unbegründet. Losgelöst von diesem Verfahren hatte der Vorstand die von einzelnen Berufsangehörigen in der Vergangenheit erhobenen Vorwürfe, die WPK habe den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 nicht ordnungsgemäß aufgestellt, zum Anlass genommen, die Bilanzierung in Bezug auf den Spartenfehlbetragsausgleichsposten gutachterlich überprüfen zu lassen. Das Gutachten bestätigt die Zulässigkeit der Aktivierung eines Ausgleichspostens für die Sparte Sonderuntersuchungen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres – mit Ausnahme der bei der Beurteilung der Chancen und Risiken beschriebenen Vorgänge -, über die zu berichten wäre, lagen nicht vor.

Öffentliche Aufsicht

Die Abschlussprüferaufsichtskommission (APAK) führt die öffentliche fachbezogene Aufsicht über die Wirtschaftsprüferkammer (§ 66a WPO). Sie ist ausschließlich mit berufsfremden, ehrenamtlich tätigen Mitgliedern besetzt, die durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ernannt werden. Die Fachaufsicht der APAK erstreckt sich auf Aufgaben der WPK nach § 4 Abs. 1 Satz 1 WPO gegenüber den Mitgliedern, die befugt sind, gesetzliche Abschlussprüfungen durchzuführen oder die solche ohne die Befugnis tatsächlich durchführen.

Mitglieder der APAK nahmen regelmäßig an den Gremiensitzungen teil, insbesondere an den Sitzungen des Vorstands, der Vorstandsabteilungen Berufsaufsicht, Register- und Beitragsangelegenheiten und an den Sitzungen der Kommission für Qualitätskontrolle. Schwerpunkte der fachbezogenen Aufsichtstätigkeit der APAK bilden traditionell die Bereiche Berufsaufsicht und Qualitätskontrolle. Die APAK hat auch dort die Letztentscheidungsbefugnis für die von der WPK behandelten Vorgänge. Die APAK arbeitet bei grenzüberschreitenden Aufsichtsvorgängen, die gesetzliche Abschlussprüfer betreffen, mit den zuständigen ausländischen Stellen zusammen.

Mitglieder der APAK sind:

Dr. h.c. Wolfgang Spindler, Pullach (Vorsitzender)

Prof. Dr. Kai-Uwe Marten, Ulm (stellvertretender Vorsitzender)

Claudia de Andrés-Gayón, Berlin

Bernd Jonas, Essen

Dr. Ulla Kopp, Hamburg

Dr. Renate Krümmer, Hamburg

Prof. Dr. Claus Lambrecht, Cottbus

Dr. h.c. Edgar Meister, Frankfurt am Main

Dr. Herbert Meyer, Königstein

Prof. Dr. Christine Windbichler, Berlin

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

- Risikomanagement

Geschäftsstellenseitig wird monatlich ein Abgleich zwischen den Ist-Zahlen und den jeweiligen Soll-Zahlen vorgenommen, der eine angemessene Reaktion bei Abweichungen ermöglicht.

Der Präsident beauftragt jährlich ein WPK-Mitglied - entsprechend eines mit dem Präsidium und dem Haushaltsausschuss abgestimmten Prüfungsplans - eine interne Revision durchzuführen. Die Ergebnisse werden in einem Bericht dem Vorstand, dem Haushaltsausschuss und dem Ab-

schlussprüfer vorgelegt. Eine interne Revision für die Sparte APAK wird durch die APAK separat beauftragt.

Von der Geschäftsführung wird im Rahmen der Erstellung des Wirtschaftsplans eine kurz- und mittelfristige Finanzplanung erstellt, die zunächst vom Haushaltsausschuss analysiert und im Rahmen der Feststellung des Wirtschaftsplans vom Beirat festgestellt wird. Die zu Beginn des Jahres eingenommenen Beiträge sowie die unterjährigen Einnahmen für Sonderuntersuchungen sowie für Examens-, Anerkennungs- und Bestellungsgebühren reduzieren sich zum Jahresende deutlich. Aufgrund der bislang kurzfristigen Anlage dieser Mittel in Termingelder bestehen keine besonderen Anforderungen, die den Aufbau eines besonderen Cash-Management-Systems erforderlich machen.

- Beurteilung der Chancen und Risiken

Am 03. April 2014 hat das EU-Parlament eine Richtlinie und eine Verordnung zur Abschlussprüfung beschlossen. Die beiden Reformvorhaben greifen zahlreiche Themen um die Abschlussprüfung auf. Unter anderem werden die Definition des Unternehmens von öffentlichem Interesse, Beteiligungsverhältnisse an Prüfungsgesellschaften, Verwendung der International Standards on Auditing, externe Rotation, Bestätigungsvermerk und Bericht an den Prüfungsausschuss, Verbot der Erbringung prüfungsfremder Leistungen, Grundsätze der öffentlichen Aufsicht sowie die Beaufsichtigung der Tätigkeit von Prüferpraxen bei der Durchführung einer Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse geregelt.

Die EU-Regelungen sehen vor, dass zukünftig die öffentliche Aufsicht über Abschlussprüfer und Prüfungsgesellschaften durch eine Behörde erfolgt, die von Nichtberufsausübenden geleitet wird, die in den für Abschlussprüfungen relevanten Bereichen über entsprechende Kenntnisse verfügen.

Der Gesetzgeber kann Aufgaben dieser Behörde auf die WPK übertragen.

Ausgenommen hierzu sind insbesondere

- Inspektionen (Sonderuntersuchungen) von Abschlussprüfern bei Unternehmen von öffentlichem Interesse
- Sanktionen und Ma
 ßnahmen im Zusammenhang mit Inspektionen (Sonderuntersuchungen) oder Untersuchungen von Abschlusspr
 üfungen (anlassbezogene Berufsaufsicht) bei Unternehmen von öffentlichem Interesse.

Im Ergebnis führt dies zu einer Verlagerung der Zuständigkeiten, soweit Abschlussprüfungen bei Unternehmen von öffentlichem Interesse betroffen sind, von der WPK auf eine vom Gesetzgeber festzulegende zuständige Behörde. Die betroffenen Anstellungsverhältnisse, insbesondere der Abteilungen APAK-Sekretariat und Sonderuntersuchungen, sollen auf die neue zuständige Behörde gesetzlich übergeleitet werden. Die Wirtschaftsprüferkammer kann damit neben ihren bisherigen Aufgaben unverändert für die Aufsicht über alle übrigen Bereiche zuständig bleiben.

Die detaillierten Auswirkungen auf die Wirtschaftsprüferkammer einschließlich deren Vermögens-, Finanz- und Ertragslage lassen sich derzeit noch nicht abschließend beurteilen. Hierzu müssen noch die Überlegungen der Bundesregierung zur Transformation dieser Regelungen in deutsches Recht abgewartet werden. Im Frühjahr 2015 soll hierzu der Referentenentwurf vom BMWi mit den Änderungen der WPO vorgelegt werden.

Der Vorstand der WPK unterstützt die Überlegungen des BMWi, wonach die nach den europarechtlichen Vorgaben delegationsfähigen Aufgaben auf die WPK übertragen werden sollen, damit eine Eins-zu-Eins Umsetzung insoweit gewährleistet und die WPK soweit wie möglich erhalten bleiben kann.

- Ausblick

Der Beirat hat in seiner Sitzung am 7. November 2014 den - vom BMWi mit Schreiben vom 6. November 2014 genehmigten - Wirtschaftsplan 2015, der einen Jahresüberschuss von 115.000,00 € ausweist, festgestellt. Die im Erfolgsplan 2015 ausgewiesenen zu deckenden ordentlichen Aufwendungen steigen gegenüber dem Wirtschaftsplan 2014 von 22.200.000,00 € um 611.000,00 € auf 22.811.000,00 €. Die Erträge steigen von 22.540.000,00 € um 386.000,00 € auf 22.926.000,00 €. Der in den Aufwendungen enthaltene leichte Anstieg im Personalbereich beruht im Wesentlichen auf der in 2015 erstmalig ganzjährigen Berücksichtigung des unterjährig in 2014 eingestellten Personals. Hinzu kommen die erwarteten Gehaltsanpassungen. Gegenläufig wirkt ein Stellenabbau von insgesamt einer halben Stelle.

Berlin, den 20. April 2015

Wirtschaftsprüferkammer - Körperschaft des öffentlichen Rechts -

Gerhard Ziegler
Präsident

- Körperschaft des öffentlichen Rechts -Berlin

Anhang für das Wirtschaftsjahr 2014

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss ist gemäß § 15 Abs. 3 Satzung WPK nach den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften (§§ 265, 266 HGB) aufgestellt. Der Erfolgsplan 2014 und die Gewinnund Verlustrechnung sind an die Gliederungsvorschriften nach § 275 HGB angelehnt. In Abweichung zum Vorjahr wurde der Erfolgsplan um eine Position 7. APAK-Aufwendungen erweitert. In dieser Position sind alle betrieblichen Aufwendungen, Zinsen und sonstige Steuern aus den Bereichen APAK i.e.S. und Sonderuntersuchungen erfasst. Der Erfolgsplan der WPK für das Jahr 2014 wurde am 22. November 2013 durch den Beirat genehmigt. Da nach § 15 Abs. 3 Satz 3 Satzung WPK die Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Erfolgsplan zu gliedern ist, wurde die Erweiterung des Erfolgsplans auch in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Vorjahreszahlen der Gewinn- und Verlustrechnung wurden entsprechend angepasst.

Aufgrund der Besonderheit der WPK als Körperschaft des öffentlichen Rechts sind die Bestimmungen von § 268 Abs. 1 HGB auf den Eigenkapitalausweis nicht anzuwenden.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses sind die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Die Bewertung richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen** werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden linear auf Basis der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bemessen. Für Wirtschaftsgüter mit einem Wert zwischen 150 € und 1.000 € wird ein Sammelposten gebildet; dieser wird über 5 Jahre abgeschrieben.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** sind zu Nennwerten abzüglich erforderlicher Einzelwertberichtigungen für zweifelhafte Forderungen angesetzt.

Der Ansatz der Kassenbestände und der Guthaben bei Kreditinstituten erfolgte zu Nominalwerten. Bargeld in Fremdwährungen wird mit dem Devisenkassamittelkurs zum Bilanzstichtag umgerechnet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden versicherungsmathematisch unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten – "Richttafeln Heubeck 2005 G" - nach dem versicherungsmathematischen Teilwertverfahren ermittelt. Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt. Dabei geht die WPK derzeit bei Leistungsplan 1 und 2 von einem Gehaltstrend von 2,5 % p. a. aus, bei den leitenden Angestellten beträgt der Gehaltstrend 1,0 % p.a.. Die Bemessungsgrundlage für die Altersversorgung der leitenden Angestellten wurde mit 1 % p. a., die der Leistungspläne 1 und 2 mit 1,5 % p.a. berücksichtigt. Der zugrunde gelegte Rententrend für die Empfänger des Leistungsplans 1 sowie die Empfänger von Altzusagen (vor dem Leistungsplan 1) beträgt 1,5 % p. a.. Der Rententrend für die Empfänger des Leistungsplans 2 sowie für die leitenden Angestellten und Geschäftsführer beträgt einheitlich 1 % p. a.. Ferner wurde eine Fluktuationswahrscheinlichkeit von 5 % p. a. in den ersten 10 Dienstjahren, danach keine weitere Fluktuation unterstellt. Der zugrunde gelegte Rechnungszins für die Abzinsung der Pensionsverpflichtungen beläuft sich auf 4,53 % (Vorjahr: 4,88 %); es handelt sich hierbei um den im Dezember 2014 (i. Vj. Dezember 2013) von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren. In den Pensionsrückstellungen sind die Versorgungszusagen für die Pensionäre, die Rentner der ehemaligen Unterstützungskasse sowie die Anwärter (Eintritt bis zum 31. Dezember 2003) enthalten. Die ab 1. Januar 2004 eingestellten Mitarbeiter erhalten nach einer dreijährigen Wartezeit eine Altersversorgung im Rahmen einer Versicherungslösung mit externer Kapitaldeckung (Leistungsplan 3), für die eine Sekundärhaftung besteht. Mit einer Inanspruchnahme ist nicht zu rechnen, da es sich hierbei um eine rückgedeckte überbetriebliche Unterstützungskasse handelt.

Zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WPK wurden in Abweichung zu den Vorjahren die Erfolgsauswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses für die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erstmalig unter der GuV-Position 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen ausgewiesen (676.967,00 €). Für das Jahr 2013 betrugen die Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses rd. 280.000,00 €. Diese waren im Jahr 2013 in den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung enthalten. Für Zwecke der Vergleichbarkeit der Beträge wurden die Vorjahreswerte entsprechend angepasst.

Für die unter den **sonstigen Rückstellungen** ausgewiesenen Rückstellungen für Jubiläumsgelder sind Rechnungsgrundlagen die Richttafeln 2005 G von Heubeck mit einem Rechnungszins von 4,53 % (von der Bundesbank veröffentlicht im Dezember 2014; Vorjahr: Dezember 2013: 4,88 %) unter Berücksichtigung von Sterbe- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten der Ausscheideordnung "Aktivenbestand", da das Erleben in den Diensten der WPK Voraussetzung für den Bezug von Jubiläumsleistungen ist. Als Berechnungsmethode wird das versicherungsmathematische Teilwertverfahren angewandt. Als Bezügedynamik wird für die Mitarbeiter (Versorgungszusagen nach Leistungsplan 1, 2 oder 3) 2,5 % p. a. und für leitende Angestellte 1 % p. a. berücksichtigt. Als Fluktuationswahrscheinlichkeit wird in den ersten 10 Dienstjahren 5 % p. a. angenommen.

Die übrigen sonstigen Rückstellungen berücksichtigen ungewisse Verbindlichkeiten. Sie sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Die Bewertung erfolgt zum Erfüllungsbetrag.

Die Verbindlichkeiten sind zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Verteilung der **Rechnungsabgrenzungsposten** auf zukünftige Perioden erfolgt zeitanteilig.

Fremdwährungsbeträge werden zum Entstehungskurs auf Euro umgerechnet. Erträge bzw. Aufwendungen aus Währungsumrechnungen fielen – wie im Vorjahr - nur in unwesentlichem Umfang an. Zum Bilanzstichtag erfolgt die Bilanzierung unter Berücksichtigung des Devisenkassamittelkurses.

Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** haben – wie im Vorjahr - eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr und betreffen u.a. mit 298.649,34 € im Wesentlichen Forderungen aus Gebühren, Geldbußen, Beiträgen und an Inserenten des WPK-Magazins. Auch im Berichtsjahr schließt die Sparte Sonderuntersuchungen mit einer Unterdeckung von 292.724,93 € ab, so dass wiederum ein Fehlbetragsausgleichsposten unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen wird. Im Erfolgsplan 2015 ist in den Beiträgen für Sonderuntersuchungen ein Betrag in Höhe des ursprünglichen Ausgleichspostens aus dem Wirtschaftsjahr 2013 in Höhe von 583.000,00 € enthalten. Der weitere Beitrag für Sonderuntersuchungen für 2015 wurde vom Beirat in seiner Sitzung am 7. November 2014 beschlossen.

Bei den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** handelt es sich im Wesentlichen um im Voraus gezahlte Wartungs- sowie Reisekosten.

Die **Feste Rücklage** enthält die thesaurierten Jahresergebnisse aus Vorjahren.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** der WPK betreffen die Direktzusagen an die Mitarbeiter und die Pensionäre. Auf die Ausführungen bei der Erläuterung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze wird verwiesen.

Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen insbesondere Aufwendungen für noch nicht genommenen Urlaub (307.000,00 €). Weiterhin werden Rückstellungen für Jubiläumszahlungen (186.000,00 €), für Anwalts- und Prozesskosten (82.000,00 €), für Salden aus Mitarbeiter-Zeitkonten (42.000,00 €), für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (63.000,00 €), für die Berufsgenossenschaft (48.000,00 €) und für das Risiko einer Gehaltsnachzahlung aus einem Arbeitsgerichtsprozess (83.000,00 €) ausgewiesen. Hinsichtlich der Rückstellung für Jubiläumszahlungen wird auf die Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen verwiesen.

In den sonstigen Rückstellungen konnte eine Rückstellung in Höhe von 110.000,00 € für die Risikovorsorge für eine mögliche Inanspruchnahme der WPK durch die Deutsche Rentenversicherung Bund aufgelöst werden. Mit zwischenzeitlicher weiterer Verlautbarung vom 12. Dezember 2014 zu den Syndikus Anwälten (Informationen zum Befreiungsrecht) sagte die Deutsche Rentenversicherung Vertrauenstatbestände zu, in deren Konsequenz eine Nachentrichtung von Beiträgen für die Vergangenheit nicht mehr anfallen kann. Voraussetzung ist, dass in den risikobehafteten Fällen, in denen keine aktuelle Befreiung für den derzeitigen Arbeitgeber vorliegt, eine Ummeldung zur Deutsche Rentenversicherung Bund bis spätestens zum 1. Januar 2015 erfolgt und spätestens ab diesem Zeitpunkt die Beiträge an die Deutsche Rentenversicherung Bund entrichtet werden. Die Wirtschaftsprüferkammer hat alle risikobehafteten Fälle bereits im Laufe des Jahres 2014 entsprechend umgemeldet und Beiträge an die Deutsche Rentenversicherung Bund abgeführt, so dass keine Nachentrichtung für vergangene Zeiträume mehr zu erwarten ist.

Die **erhaltenen Anzahlungen** (399.667,50 €) enthalten Gebührenvorauszahlungen für den Prüfungstermin I/2015.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten Verbindlichkeiten gegenüber dem IDW (50.122,57 €), gegenüber den APAK-Mitgliedern (54.411,35 €), noch abzuführende Lohn- und Kirchensteuern (64.776,28 €) sowie gegenüber dem Pensionssicherungsverein aG (18.981,76 €). Insgesamt sind

hier Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 69.218,56 € (i.Vj.: 76.090,37 €) enthalten. Die Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit betragen 876,58 € (i. Vj.: 0,00 €).

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten stellen sich wie folgt dar:

				mehr
Erhaltene Anzahlungen (Vorjahr)	Gesamt <u>€</u> 399.667,50 (487.719,50)	bis 1 Jahr <u>€</u> 399.667,50 (487.719,50)	1 bis 5 Jahre <u>€</u> 0,00 (0,00)	als 5 Jahre € . 0,00 (0,00)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	296.210,04 (305.374,93)	296.210,04 (305.374,93)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	200.956,37 (298.916,71)	184.686,29 (279.934,95)	10.846,72 (10.846,72)	5.423,36 (8.135,04)
	896.833,91	880.563,83	10.846,72	5.423,36
(Vorjahr)	(1.092.011,14)	(1.073.029,38)	(10.846,72)	(8.135,04)

Bei den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** handelt es sich um Beitragsvorauszahlungen für das Folgejahr.

Sonstige Angaben zur Bilanz

Aus der Bilanz nicht ersichtliche **sonstige finanzielle Verpflichtungen** in Höhe von rd. 1,9 Mio € betreffen mit rd. 0,7 Mio € die Mietverpflichtungen der Landesgeschäftsstellen, die Räumlichkeiten für die APAK in Düsseldorf und die Büroräume in Brüssel. Die übrigen rd. 1,2 Mio € mit Laufzeit längstens bis 4. September 2017 ergeben sich aus vertraglichen Verpflichtungen u.a. aus der Vereinbarung über die Übertragung von Aufgaben des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), aus Verträgen über die Nutzung der Telefon- und Fotokopieranlagen, aus der Nutzung von Telekommunikationsleitungen, aus Wartungsverträgen für die Haustechnik sowie aus Verträgen hinsichtlich Druck und Vertrieb des WPK-Magazins. Außerbilanzielle Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB bestanden weder während des Wirtschaftsjahres noch zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Mitgliedsbeiträge** 2014 betragen insgesamt 19.253.314,58 € und setzen sich zusammen aus den Beiträgen aller Mitglieder sowie den weiteren Beiträgen von Mitgliedern, die als Abschlussprüfer gesetzliche Abschlussprüfungen bei Unternehmen nach § 319a HGB in dem dem Beitragsjahr vorangehenden Kalenderjahr beendet haben (§ 2 Nr. 2 Beitragsordnung WPK (BO).

Die Beiträge aller Mitglieder lagen infolge des leichten Mitgliederanstiegs bei den WP-Gesellschaften mit 15.116.182,00 € in etwa auf Vorjahresniveau (15.010.218,50 €).

Unter Berücksichtigung von Beitragsnachbelastungen für Vorjahre ergeben sich weitere Beiträge von 4.427.498,90 €. Der aus 2013 übernommene und verrechnete Spartenfehlbetrag beträgt 583.091,25 €. Ausweislich der Spartenrechnung ergeben sich für den Bereich Sonderuntersuchung in 2014 Aufwendungen in Höhe von 4.137.132,58 €. Um ein ausgeglichenes Spartenergebnis ausweisen zu können, ist ein fortgeschriebener Fehlbetragsausgleich von 292.724,93 € zu berücksichtigen, der im Folgejahr wieder verrechnet wird. Der Ausweis des Spartenfehlbetragsausgleichspostens erfolgt als sonstiger Vermögensgegenstand.

Im Erfolgsplan 2015 ist in den Beiträgen für Sonderuntersuchungen ein Betrag in Höhe des ursprünglichen Ausgleichspostens aus dem Wirtschaftsjahr 2013 in Höhe von 583.000,00 € enthalten. Der weitere Beitrag für Sonderuntersuchungen für 2015 wurde vom Beirat in seiner Sitzung am 7. November 2014 beschlossen.

Die **Gebühreneinnahmen** gingen im Berichtsjahr im Wesentlichen infolge des Rückgangs der Examenskandidatenzahlen von 2.642.915,00 € um 280.690,00 € auf 2.362.225,00 € zurück. Die Kandidatenzahl reduzierte sich von 721 auf 632.

Die **sonstigen Erträge** beinhalten vor allem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (400.061,75 €), Erträge aus Geldbußen aus Rügebescheiden (211.850,00 €) sowie Erträge aus Anzeigenerlösen aus dem WPK-Magazin (95.229,60 €).

Das für 2014 berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers verteilt sich wie folgt:

		€
a)	Abschlussprüfungsleistungen inkl. Reisekosten	44.943,54
b)	Steuerberatungsleistungen	9.566,00
c)	sonstige Leistungen	0,00
	Gesamt	54.509,54

Die Abschlussprüfungsleistungen umfassen die für die Jahresabschlussprüfung 2014 gebildete Rückstellung. Die Steuerberatungsleistungen beziehen sich auf die Steuererklärungen der WPK, sowie die BgA "Anzeigengeschäft", "WPO-Kommentar", "Präsentationsflächen" und "Fortbildung der Mitglieder". In den Beträgen sind auch Über- bzw. Unterdotierungen aus den im Vorjahr gebildeten Rückstellungen enthalten.

Den größten Aufwandsposten bilden unverändert die **Personalaufwendungen**. Der Aufwand betrug 9.083.029,74 €. Am Bilanzstichtag waren bei der WPK 150 (Vj. 151) Mitarbeiter angestellt, davon waren 27 (i.Vj. 26) Mitarbeiter für die APAK unmittelbar tätig. Im Jahresdurchschnitt waren im Durchschnitt 148 (Vj. 150) Mitarbeiter bei der Wirtschaftsprüferkammer beschäftigt.

Die APAK-Aufwendungen errechnen sich wie folgt:

	Ist 2014	Wirtschafts- plan 2014	lst 2013
	€	€	€
Löhne und Gehälter	3.676.393,96	3.815.000,00	3.657.700,85
soziale Abgaben und Aufwendungen für			
Altersversorgung und Unterstützung	428.693,70	435.000,00	439.666,26
davon für Altersversorgung	84.630,53	70.000,00	114.197,23
Abschreibungen auf immaterielle			
Vermögensgegenstände und Sachanlagen	117.843,06	100.000,00	93.649,77
sonstige Aufwendungen	1.596.154,23	1.805.000,00	1.460.943,15
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	45.657,00	20.000,00	24.791,00
sonstige Steuern _	6.082,36	5.000,00	5.994,16
	5.870.824,31	6.180.000,00	5.682.745,19

Die Zuführungen zu den Pensions-/Jubiläumsrückstellungen beinhalten in 2014 **Zinsaufwendungen** aus der Aufzinsung in Höhe von 1.234.674,00 €. Daneben werden in den APAK-Aufwendungen 45.657,00 € Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung ausgewiesen.

Sonstige Angaben

Die Organe der Wirtschaftsprüferkammer waren im Wirtschaftsjahr 2014 als Folge der turnusmäßig erfolgten Beiratswahl (Briefwahl) wie folgt besetzt:

- Amtierender Vorstand

Präsident

WP/StB Dipl.-Kfm. Gerhard Ziegler, Stuttgart

Vizepräsidenten

WP/RA Dr. Hans-Friedrich Gelhausen, Frankfurt am Main vBP/StB Gerhard Albrecht, Ingelheim

Weitere Vorstandsmitglieder

WP/StB Dipl.-Ökon. Andreas Dörschell, Krefeld vBP/StB Dipl.-Kfm. Arno Günnemann, Oberhausen WPin/StBin Dipl.-Kffr. Barbara Hoffmann, Mannheim WP/StB Dipl.-Betriebsw. (FH) Evi Lang, München

WPin/StBin Dipl.-Kffr. Petra Lorey, Hamburg vBP/StB Ute Mascher, Hamburg WP/StB Dipl.-Kfm. Michael Niehues, Düsseldorf WP/StB Dipl.-Kfm. Karl Petersen, München WP Prof. Dr. Wienand Schruff, Berlin WP/StB Dipl.-Kfm. Ulrich Skirk, Stuttgart

- Vorstand bis 11. September 2014

Präsident

WP/StB Claus C. Securs, Düsseldorf

Vizepräsidenten

WPin/StBin Dipl.-Kffr. Corinna Ahrendt, Leipzig vBP/StB Gerhard Albrecht, Ingelheim

Weitere Vorstandsmitglieder

WP/StB Dipl.-Kfm. Norbert Chales de Beaulieu, Berlin WP/StB Dipl.-Kfm. Harald Gallus, Frankfurt am Main WPin/StBin Dipl.-Kffr. Barbara Hoffmann, Mannheim WP/StB Dipl.-Betriebsw. (FH) Evi Lang, München WP/StB/CPA Dipl.-Kfm. Jörg Müller, Wenden vBP/StB Dipl.-Volksw. Detlef Ulrich Müller-Greven, Dresden WP/StB Dr. Alexander W. Vieler, Chemnitz WP/StB Dipl.-Kfm. Johannes Walf, Potsdam WP/StB Dipl.-Kfm. Christian Witte, Dortmund vBP/StB Dipl.-Betriebsw. Michael Ziegler, Viersen

- Amtierender Beirat

Vorsitzer

WP/StB Dr. Marian Ellerich, Duisburg

Stellvertretende Vorsitzer

vBPin/StBin Lucia von Buengner, München WP/StB Dipl.-Kfm. Georg Lanfermann, Berlin

Weitere Beiratsmitglieder

WPin/StBin Dipl.-Kffr. Corinna Ahrendt, Leipzig

vBP/StB Dipl.-Kfm. Maximilian Amon, München

vBP/StB Dipl.-Finanzw. (FH) Erich Apperger, Backnang

WP/StB Dipl.-Volksw. Udo Bensing, Hamburg

WPin/StBin Dipl.oec. Andrea Bruckner, München

WPin/StBin Dipl.-Betriebsw. (FH) Anke Daßler, Berlin

WP/StB Dipl.-Kfm. Andreas Dielehner, Frankfurt am Main

vBP/StB Dipl.-Kfm. Josef-Werner Dirkmorfeld, Höxter

WP/StB Dipl.-Ökon. Gerd Eggemann, Berlin

WP/StB Dipl.-Kfm. Mathias Eisele, Köln

vBP/StB Rainer Eschbach, Görwihl

WP/StB Dr. Wolf-Michael Farr, Berlin

WPin/StBin Dipl.-Kffr. Katrin Fischer, Berlin

WP/StB FBfIntStR Dipl.-Kfm. Christoph Freichel, Merzig

WP/StB Rosemarie Gergen, Flensburg

vBP/RA FAfStR Norbert Erich Grochut, München

WP/StB Dipl.-Kfm. Michael Gschrei, München

WP/StB Dipl.-Kfm. Roland Haeck, Erfurt

WP/StB/RB Reinhard Häckl, Landsberg

WP/StB Dipl.-Kfm. Jens Hagemann, Berlin

WP/StB Dipl.-Betriebsw. (FH) Jürgen Hartmann, Freiburg

WP/StB/RA Dr. Henning Hönsch, Berlin

WP/StB/RA Dr. Christian Janßen, Köln

WPin/StBin Prof. Dr. Karin Kaiser, Heikendorf

WP/StB Dipl.-Kfm. Walter Kaldenbach, Brühl

WP/StB Dipl.-Betriebsw. (FH) Klaus Kaprolat, Lindau

WP/StB Dipl.-Finanzw. (FH) Christoph Köhnlein, Crailsheim

WP/StB Prof. Dr. Hans-Michael Korth, Hannover

WP/StB/RB Dipl.-Kfm. Manfred Krautkrämer, Krumbach

WP/StB FBfIntStR Dipl.-Kfm. Tobias Lahl, Zell

WP Dipl.-Kfm. Regina Leichner, Bad Vilbel

vBP/StB/RB Ingrid Menges, Bayreuth

WP/StB Dipl.oec. Thomas Marcel Orth, Düsseldorf

WP/StB Prof. Dr. Peter Oser, Stuttgart

WP/StB/RA Dr. Eckhard Ott, Berlin

WP/StB Prof. Dr. Norbert Pfitzer, Backnang

WPin/StBin Dipl.-Kffr. Ulrike Retzlaff, Hamburg

WP/StB Dr. Stefan Schmidt, Frankfurt am Main vBP/StB Peter Tann, Hamburg vBP/StB Dipl.-Volksw. Ute Winkler, Hamburg WP/StB Dr. Peter Zimmermann, Göppingen

Beirat bis 11. September 2014

Vorsitzer

WP/StB Dr. Johannes von Waldthausen, Berlin

Stellvertretende Vorsitzer

WP/StB Prof. Dr. Günter Lutz, Heidelberg vBP/StB Dr. Werner Neumann, Oldenburg

Weitere Beiratsmitglieder

vBP/StB Dipl.-Kfm. Maximilian Amon, München

WP/StB Dipl.-Kfm. Matthias Arndt, Dresden

WP/StB/RA Dr. Carsten René Beul, Neuwied

WP/StB/RB Dr. Georg F.W. Bügler, Mannheim

WP/StB Dipl.-Kfm. Martin Conrad, Nürnberg

vBP/StB Siegfried Dathe, Ratingen

WP/StB Dipl.-Volksw. Michael Fecht, Schopfheim

WPin/StBin Dipl.-Kffr. Katrin Fischer, Berlin

WP/StB Dipl.-Kfm. Peter Fischer, Rottweil (bis 8. Januar 2014)

vBP/StB Dipl.-Volksw. Michael Forschner, Essen

vBP/RA FAfStR Norbert Erich Grochut, München

WP/StB Dipl.-Kfm. Michael Gschrei, München

vBP/StB Dipl.-Kfm. Arno Günnemann, Oberhausen

vBP/StB Prof. Friedhelm Haaseloop, Gröditz

WP/StB Dipl.-Kfm. Roland Haeck, Erfurt

WP/StB/RB Reinhard Häckl, Landsberg

WP/StB Dipl.-Betriebsw. (FH) Jürgen Hartmann, Freiburg

WP/StB Eginhard Heilmann, Frankfurt am Main

WP/StB Dipl.-Kfm. Klaus-Jürgen von Hesler, Erlangen (ab 8. Januar 2014)

vBP/StB RB Rita Hinsen-Rößler, Bedburg Hau (29. April 2014 bis 30. April 2014)

WP/StB Dipl.-Kfm. Holger Hundseder, Augsburg

WPin/StBin Prof. Dr. Karin Kaiser, Heikendorf

vBP/StB/RA Harald Keller, Öhringen (ab 30. April 2014)

WP/StB Dipl.-Kfm. Dirk Klatt, Neuwied

WP/StB Dipl.-Finanzw. (FH) Christoph Köhnlein, Crailsheim

vBP/StB Klaus Kopietz, Korb

vBP/StB/RB Fritz Kup, Bedburg-Hau (bis 29. April 2014)

WP/StB FBfIntStR Dipl.-Kfm. Tobias Lahl, Zell

WP/StB Dipl.oec. Armin Lau, Stuttgart

WP/CPA Dipl. Betriebsw. (FH) Alexander Leoff, Frankfurt am Main

WP/StB/RB Wolfgang Maier, Stuttgart

WP/StB Dipl.-Kfm. Stephan Mauer, Reutlingen

WP/StB Dipl.-Kfm. Ralf Meier, LL.B. LL.M., Düsseldorf

WP/StB Dr. Heinz Dieter Müller, Potsdam

WP/StB Dr. Wolfgang Müller, Neustadt

WP/StB Dr. Kurt Niemeyer, Würzburg

WP/StB Dipl.-Oec. Wolfram Rappl, München

WP/StB Dipl.-Wirt.-Ing. Klaus-Jürgen Rudolph, Frankfurt am Main

WP/StB Dipl.-Kfm. Hans-Joachim Schnabl, Schwalbach

WP/StB Prof. Dr. Marcus Scholz, Wachenheim

WP/StB Dipl. Betriebsw. (FH) Karl Spies, Mainz

WP Dipl.-Kfm. Michael Stümpel, Grasberg

WP/StB/RA Prof. Dr. Hans-Jürgen Graf von Stuhr, Frankfurt am Main

WP/StB Dipl.-Kfm. Thomas Theysen, Duisburg

vBP/StB Dipl.-Kfm. Peter Treskatsch, Waldbröl

WP/StB Dr. Bernd Waffler, Straubing

vBP/StB Dipl.-Kfm. Paul Wangler, Neustadt

WP/StB/RB Dipl.-Kfm. Georg Wengert, Singen

WP/StB Dipl.-Kfm. Knut Werblow, Dresden

WP/StB Dipl.-Kfm. Josef Weyrich, Frankfurt am Main

WP/StB Dipl.-Kfm. Gerd Wolter, Nienhagen

WP/StB Dr. Peter Zimmermann, Göppingen

- Kommission für Qualitätskontrolle

Die Kommission für Qualitätskontrolle war im Wirtschaftsjahr 2014 unverändert besetzt.

Vorsitzender

WP/StB Dipl.-Kfm. Joachim Riese, Düsseldorf

Stellvertretende Vorsitzende

WP/StB RA FAfStR Prof. Dr. Jens Poll, Berlin vBP/StB Dipl.-Betriebsw. (FH) Wolfgang Ujcic, Korb

Weitere Kommissionsmitglieder

WP/StB Dipl.-Kfm. Hubert Eckert, Nürnberg

vBP/StB Dipl.-Betriebsw. (FH) Gunter Fricke, Freilassing

WP/StB Dipl.-Ökon. Jürgen Hug, Korb

WP/StB Dipl.-Kfm. Andreas Köhl, Landshut

WP/StB Dipl.-Kfm. Harald Partmann, Gummersbach

WP/StB Dipl.-Kfm Gerhard Schorr, Stuttgart

WP/StB Dipl.-Kfm. Carolin Schütt, Stuttgart

WP/StB Dipl.-Kfm. Stefan Schweren, Berlin

WP/StB Dipl.-Kfm. Siegfried Vogel, Hannover

WP/StB Dipl.-Kfm. Hubert Voshagen, München

Die Aufwandsentschädigungen beliefen sich im Berichtsjahr für den WPK-Vorstand auf 287.450,00 €, für die Kommission für Qualitätskontrolle auf 52.500,00 € und für den WPK-Beirat auf 54.300,00 €.

Die **Geschäftsführer der Wirtschaftsprüferkammer** waren im Berichtsjahr unverändert die Herren:

RA Peter Maxl, Berlin

Dr. Reiner J. Veidt, Berlin

Die Erfolgsrechnung 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 613.505,47 € ab.

Entsprechend des Vorschlags des Vorstandes hatte der Beirat am 15.05.2014 beschlossen, den Bilanzgewinn 2013 (815.152,23 €) auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2014 entwickelte sich wie folgt:

_
613.505,47
<u>815.152,23</u>
1.428.657,70

Der Vorstand wird dem Beirat in der Sitzung am 29. Juni 2015 vorschlagen, den Jahresabschluss 2014 zu genehmigen und 1.428.657,70 € als Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Berlin, den 20. April 2015

Wirtschaftsprüferkammer - Körperschaft des öffentlichen Rechts -

Gerhard Ziegler Präsident

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Wirtschaftsprüferkammer, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Berlin, für das Wirtschaftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Wirtschaftsprüferkammer. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung analog § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftlich und rechtliche Umfeld der Wirtschaftsprüferkammer sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Wirtschaftsprüferkammer, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Berlin. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Wirtschaftsprüferkammer und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 22. April 2015

Dr. Fritz Kesel & Partner OHG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft München

MMM)

(Wirtschaftsprüfer)

ppa.

Peter Lutz (Wirtschaftsprüfer)

Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.

* * * * *

- Körperschaft des öffentlichen Rechts -Berlin

Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVA

	31.12.2014	31.12.2013		31.12.2014	31.12.2013
A Anlagavarmägen	€	€	A Eigenkenitel	€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Feste Rücklage	5.200.000,00	5.200.000,00
entgeltlich erworbene Software	82.200,00	45.602,00	II. Bilanzgewinn	1.428.657,70	815.152,23
				6.628.657,70	6.015.152,23
II. Sachanlagen			B. Rückstellungen		
Grundstücke und Bauten	9.970.934,96	10.481.484,96			
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	232.948,00	261.260,00	 Rückstellungen für Pensionen und 		
	10.203.882,96	10.742.744,96	ähnliche Verpflichtungen	13.736.284,00	12.759.672,00
III. Finanzanlagen			2. Steuerrückstellungen	0,00	2.000,00
sonstige Ausleihungen	0,00	1.429,18			
			3. sonstige Rückstellungen	940.000,00	950.000,00
	10.286.082,96	10.789.776,14			
				14.676.284,00	13.711.672,00
			C. Verbindlichkeiten		
B. Umlaufvermögen					
I. sonstige Vermögensgegenstände	694.638,08	1.092.932,83	erhaltene Anzahlungen	399.667,50	487.719,50
		,,,,,	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen		
II. Kassenbestand und Guthaben			und Leistungen	296.210,04	305.374,93
bei Kreditinstituten	11.188.821,50	8.891.083,34	3. sonstige Verbindlichkeiten	200.956,37	298.916,71
	11.883.459,58	9.984.016,17		896.833,91	1.092.011,14
C. Rechnungsabgrenzungsposten	53.436,07	60.855,06	D. Rechnungsabgrenzungsposten	21.203,00	15.812,00
	22.222.978,61	20.834.647,37		22.222.978,61	20.834.647,37

- Körperschaft des öffentlichen Rechts -Berlin

Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

€ € € 1. Mitgliedsbeiträge davon Beiträge Sonderuntersuchungen € 4.137.132,58 (i.V.) € 4.140.566,99) 19.253.314,58 19.150.785,49 102.529,09 2. Gebühren 2.362.225,00 2.642.915,00 -280.690,00 3. sonstige Erträge 850.517,98 787.922,53 62.595,45 4. Personalaufwendungen a) 22.466.057,56 22.581.623,02 -115.565,46 4. Personalaufwendungen m) -7.495,987,07 -7.557.476,91 61.489,84 b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon Altersversorgung und Unterstützung - 1.587.042,67 -1.810.250,41 223.207,74 - davon Altersversorgung ersgegenstände und Sachanlagen -575.938,76 -599.629,23 23.690,47 6. sonstige Aufwendungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen -575.938,76 -599.629,23 23.690,47 6. sonstige Zinsen und ahnliche Erträge 58.708.24,31 -582.745,19 -188.079,12 8. sonstige Zinsen und ahnliche Erträge 58.385,71 83.650,58 212.245,29 9. Zinsen und ahnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 (i.V.j.: € - 862.953,00) -1.176.288,29 -779.302,42 -396.985,87 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 659.615,88 </th <th></th> <th>2014</th> <th>2013</th> <th>Abweichung</th>		2014	2013	Abweichung
davon Beiträge Sonderuntersuchungen € 4.137.132,58 (i.Vj. € 4.140.566,99) 2. Gebühren 2.362,225,00 2.642,915,00 -280,690,00 3. sonstige Erträge 850.517,98 787,922,53 62.595,45 22.466.057,56 22.581.623,02 -115.565,46 4. Personalaufwendungen a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon Altersversorgung € - 428,207,28 (i.Vj. € - 640.443,33) 5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen 6. sonstige Aufwendungen 7. APAK-Aufwendungen 8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 (i.Vj. € - 862.953,00) -1.176.288,29 -779.302,42 -396.985,87 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit 659.615,88 844.356,46 -184.740,58 -11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag -7. 344,01 -11.456,15 -7. 41.90 -7. 39.713,94 -7. 39.713,94 -7. 39.713,94 -7. 39.713,94 -7. 39.713,94		€	€	€
3. sonstige Erträge 22.466.057,56 22.581.623,02 -115.565,46 4. Personalaufwendungen a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon Altersversorgung € - 428.207,28 (i.Vj.: € - 640.443,33) 5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen 6. sonstige Aufwendungen 7. APAK-Aufwendungen 7. APAK-Aufwendungen 8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 (i.Vj.: € - 862.953,00) -1.176.288,29 -779.302,42 -396.985,87 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 659.615,88 844.356,46 -184.740,58 11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag -38.766,40 -39.186,37 -39.213,94 -180.208,47 -180.208,47 -19.3713,94 -180.208,47 -19.3713,94 -180.208,47 -19.3713,94 -180.208,47 -19.3713,94	davon Beiträge Sonderuntersuchungen	19.253.314,58	19.150.785,49	102.529,09
4. Personalaufwendungen a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon Altersversorgung € - 428.207,28 (i.Vj.: € - 640.443,33) 5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen - 5.100.360,58 - 5.307.862,40 - 5.870.824,31 - 5.682.745,19 - 1.835.904,17 - 1.623.658,88 - 212.245,29 8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - 7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 (i.Vj.: € - 862.953,00) 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit - 38.766,40 - 39.713,94 - 180.208,47 - 13. Jahresüberschuss - 14.80.656,47 - 793.713,94 - 180.208,47 - 180.208,47 - 180.208,47 - 180.208,47 - 180.208,47 - 180.208,47 - 180.208,47 - 180.208,47 - 180.208,47 - 180.208,47 - 180.208,47 - 180.208,47	2. Gebühren	2.362.225,00	2.642.915,00	-280.690,00
4. Personalaufwendungen a) Löhne und Gehälter -7.495.987,07 -7.557.476,91 61.489,84 b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung -1.587.042,67 -1.810.250,41 223.207,74 - davon Altersversorgung € - 428.207,28 (i.Vj.: € - 640.443,33) -575.938,76 -599.629,23 23.690,47 6. sonstige Aufwendungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen -575.938,76 -599.629,23 23.690,47 6. sonstige Aufwendungen -5.100.360,58 -5.307.862,40 207.501,82 7. APAK-Aufwendungen -5.870.824,31 -5.682.745,19 -188.079,12 8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 58.385,71 83.650,58 212.245,29 8. sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 (i.Vj.: € - 862.953,00) -1.176.288,29 -779.302,42 -396.985,87 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 659.615,88 844.356,46 -184.740,58 11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag -7.344,01 -11.456,15 4.112,14 12. sonstige Steuern -38.766,40 -39.186,37 419,97 13. Jahresüberschuss 613.505,47 793.713,94 -180.208,47 14. Gewinnvortrag 815.152,2	3. sonstige Erträge	850.517,98	787.922,53	62.595,45
a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon Altersversorgung € - 428.207,28 (i.Vj.: € - 640.443,33) 5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen 6. sonstige Aufwendungen 7. APAK-Aufwendungen 7. APAK-Aufwendungen 8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 (i.Vj.: € - 862.953,00) 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 12. sonstige Steuern 27. Jähresüberschuss 613.505,47 27. 393.713,94 61.489,8		22.466.057,56	22.581.623,02	-115.565,46
- davon Altersversorgung	a) Löhne und Gehälter	-7.495.987,07	-7.557.476,91	61.489,84
gegenstände und Sachanlagen -575.938,76 -599.629,23 23.690,47 6. sonstige Aufwendungen -5.100.360,58 -5.307.862,40 207.501,82 7. APAK-Aufwendungen -5.870.824,31 -5.682,745,19 -188.079,12 8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 58.385,71 83.650,58 212.245,29 8. sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 (i.Vj.: € - 862.953,00) -1.234.674,00 -862.953,00 -371.721,00 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 659.615,88 844.356,46 -184.740,58 11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag -7.344,01 -11.456,15 4.112,14 12. sonstige Steuern -38.766,40 -39.186,37 419,97 13. Jahresüberschuss 613.505,47 793.713,94 -180.208,47 14. Gewinnvortrag 815.152,23 21.438,29 793.713,94	- davon Altersversorgung	-1.587.042,67	-1.810.250,41	223.207,74
6. sonstige Aufwendungen -5.100.360,58 -5.307.862,40 207.501,82 7. APAK-Aufwendungen -5.870.824,31 -5.682.745,19 -188.079,12 1.835.904,17 1.623.658,88 212.245,29 8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 58.385,71 83.650,58 -25.264,87 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 (i.Vj.: € - 862.953,00) -1.234.674,00 -862.953,00 -371.721,00 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 659.615,88 844.356,46 -184.740,58 11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag -7.344,01 -11.456,15 4.112,14 12. sonstige Steuern -38.766,40 -39.186,37 419,97 13. Jahresüberschuss 613.505,47 793.713,94 -180.208,47 14. Gewinnvortrag 815.152,23 21.438,29 793.713,94				
7. APAK-Aufwendungen -5.870.824,31 -5.682.745,19 -188.079,12 8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 58.385,71 83.650,58 -25.264,87 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 (i.Vj.: € - 862.953,00) -1.234.674,00 -862.953,00 -371.721,00 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 659.615,88 844.356,46 -184.740,58 11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag -7.344,01 -11.456,15 4.112,14 12. sonstige Steuern -38.766,40 -39.186,37 419,97 13. Jahresüberschuss 613.505,47 793.713,94 -180.208,47 14. Gewinnvortrag 815.152,23 21.438,29 793.713,94	gegenstände und Sachanlagen			
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 58.385,71 83.650,58 -25.264,87 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 (i.Vj.: € - 862.953,00) -1.234.674,00 -862.953,00 -371.721,00 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 659.615,88 844.356,46 -184.740,58 11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag -7.344,01 -11.456,15 4.112,14 12. sonstige Steuern -38.766,40 -39.186,37 419,97 13. Jahresüberschuss 613.505,47 793.713,94 -180.208,47 14. Gewinnvortrag 815.152,23 21.438,29 793.713,94	-			
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge 58.385,71 83.650,58 -25.264,87 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 (i.Vj.: € - 862.953,00) -1.176.288,29 -779.302,42 -396.985,87 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 659.615,88 844.356,46 -184.740,58 11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag -7.344,01 -11.456,15 4.112,14 12. sonstige Steuern -38.766,40 -39.186,37 419,97 13. Jahresüberschuss 613.505,47 793.713,94 -180.208,47 14. Gewinnvortrag 815.152,23 21.438,29 793.713,94	7. APAK-Aufwendungen	-5.870.824,31	-5.682.745,19	-188.079,12
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 (i.Vj.: € - 862.953,00) -1.176.288,29 -779.302,42 -396.985,87 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 659.615,88 844.356,46 -184.740,58 11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag -7.344,01 -11.456,15 4.112,14 12. sonstige Steuern -38.766,40 -39.186,37 419,97 13. Jahresüberschuss 613.505,47 793.713,94 -180.208,47 14. Gewinnvortrag 815.152,23 21.438,29 793.713,94		1.835.904,17	1.623.658,88	212.245,29
davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 (i.Vj.: € - 862.953,00) -1.176.288,29 -779.302,42 -396.985,87 10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 659.615,88 844.356,46 -184.740,58 11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag -7.344,01 -11.456,15 4.112,14 12. sonstige Steuern -38.766,40 -39.186,37 419,97 13. Jahresüberschuss 613.505,47 793.713,94 -180.208,47 14. Gewinnvortrag 815.152,23 21.438,29 793.713,94	8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	58.385,71	83.650,58	-25.264,87
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag 12. sonstige Steuern 13. Jahresüberschuss 14. Gewinnvortrag 15. 152,23 16. 259.615,88 844.356,46 184.740,58 184.740,58 184.740,58 184.356,46 184.740,58 184.356,46 184.740,58 184		-1.234.674,00	-862.953,00	-371.721,00
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag -7.344,01 -11.456,15 4.112,14 12. sonstige Steuern -38.766,40 -39.186,37 419,97 13. Jahresüberschuss 613.505,47 793.713,94 -180.208,47 14. Gewinnvortrag 815.152,23 21.438,29 793.713,94		-1.176.288,29	-779.302,42	-396.985,87
12. sonstige Steuern -38.766,40 -39.186,37 419,97 13. Jahresüberschuss 613.505,47 793.713,94 -180.208,47 14. Gewinnvortrag 815.152,23 21.438,29 793.713,94	10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	659.615,88	844.356,46	-184.740,58
13. Jahresüberschuss 613.505,47 793.713,94 -180.208,47 14. Gewinnvortrag 815.152,23 21.438,29 793.713,94	11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7.344,01	-11.456,15	4.112,14
14. Gewinnvortrag 815.152,23 21.438,29 793.713,94	12. sonstige Steuern	-38.766,40	-39.186,37	419,97
	13. Jahresüberschuss	613.505,47	793.713,94	-180.208,47
15. Bilanzgewinn 1.428.657,70 815.152,23 613.505,47	14. Gewinnvortrag	815.152,23	21.438,29	793.713,94
	15. Bilanzgewinn	1.428.657,70	815.152,23	613.505,47

- Körperschaft des öffentlichen Rechts -Berlin

Durchführung des Wirtschaftsplans 2014

(Gegenüberstellung der Einzelpositionen der Erfolgsrechnung mit den Einzelpositionen des Erfolgsplans sowie Darstellung der Über- oder Unterdeckung in den einzelnen Positionen)

	Erfolgs- rechnung	Erfolgs- plan	Überdeckung/ Unterdeckung
	€	€	€
 Mitgliedsbeiträge davon Beiträge Sonderuntersuchungen Erfolgsrechnung € 4.137.132,58 	19.253.314,58	19.555.000,00	-301.685,42
2. Gebühren	2.362.225,00	2.640.000,00	-277.775,00
3. sonstige Erträge	850.517,98	270.000,00	580.517,98
	22.466.057,56	22.465.000,00	1.057,56
Personalaufwendungen a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alterwersergung und Unterstützung	-7.495.987,07	-7.715.000,00	219.012,93
Altersversorgung und Unterstützung - davon Altersversorgung € - 428.207,28	-1.587.042,67	-1.830.000,00	242.957,33
 Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen 	-575.938,76	-585.000,00	9.061,24
6. sonstige Aufwendungen	-5.100.360,58	-5.225.000,00	124.639,42
7. APAK-Aufwendungen	-5.870.824,31	-6.180.000,00	309.175,69
· ·	1.835.904,17	930.000,00	905.904,17
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	58.385,71	75.000,00	-16.614,29
 Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung € - 1.234.674,00 	-1.234.674,00	-615.000,00	-619.674,00
	-1.176.288,29	-540.000,00	-636.288,29
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	659.615,88	390.000,00	269.615,88
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7.344,01	-10.000,00	2.655,99
12. sonstige Steuern	-38.766,40	-40.000,00	1.233,60
13. Jahresüberschuss	613.505,47	340.000,00	273.505,47

- Körperschaft des öffentlichen Rechts -Berlin

Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände, der Sach- und Finanzanlagen (Anlagenspiegel)

	Anschaffungs- kosten 01.01.2014	Zugänge 2014	Abgänge 2014	Anschaffungs- kosten 31.12.2014	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.2014	Zugänge 2014	Abgänge 2014	Abschreibungen (kumuliert) 31.12.2014	Buchwert 31.12.2014	Buchwert 31.12.2013
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
A. <u>Immaterielle</u> <u>Vermögens-</u> <u>gegenstände</u>										
entgeltlich er- worbene Software	606.537,79	93.405,00	596,24	699.346,55	560.935,79	56.807,00	596,24	617.146,55	82.200,00	45.602,00
B. Sachanlagen	000.007,70	30.400,00	000,24	000.040,00	000.000,70	00.007,00	000,24	017.140,00	02.200,00	40.002,00
 Grundstücke und Bauten 	16.935.753,12	0,00	0,00	16.935.753,12	6.454.268,16	510.550,00	0,00	6.964.818,16	9.970.934,96	10.481.484,96
2. Betriebs- und Geschäfts-	0.040.440.4=	00.004.00	440.004.40	0.074.707.77	0.055.400.45	400 404 00	100.055.40			004 000 00
ausstattung	2.316.448,17	98.261,82	140.004,42	2.274.705,57	2.055.188,17	126.424,82	139.855,42	2.041.757,57	232.948,00	261.260,00
	19.252.201,29	98.261,82	140.004,42	19.210.458,69	8.509.456,33	636.974,82	139.855,42	9.006.575,73	10.203.882,96	10.742.744,96
C. <u>Finanzanlagen</u>										
sonstige										
Ausleihungen	1.429,18	0,00	1.429,18	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.429,18
Anlagevermögen insgesamt	19.860.168,26	191.666,82	142.029,84	19.909.805,24	9.070.392,12	693.781,82	140.451,66	9.623.722,28	10.286.082,96	10.789.776,14
					3.37 3.332,12	330.731,02	. 70. 10 1,00	5.52522,20	. 5.255.552,00	